

Zur Kritik an den 100 Punkten

(3/1993)

Herbe Kritik hat es gesetzt auf den Entwurf zum Notstandsprogramm einer nationalen Regierung in Deutschland, aber auch nicht wenig Zustimmung. Alle jene Leute aus dem nationalen Lager, mit denen ich enger zusammenarbeite und die noch einen Fuß im Bonner System haben oder ihn hineinstellen wollen, sahen sich zu deutlicher Abstandnahme von meiner Person genötigt. Erwähnenswerte sachliche Divergenzen waren aber nicht zu erkennen, lediglich eine große Furcht vor dem Wort „Machtergreifung“. An dieser Einzelheit wird wieder einmal die bis heute anhaltende Beeindruckung deutlich, die das Goebbelsche Propagandaministerium erzielte, als es den nüchternen Vorgang von Krise und Wandel der Weimarer Reichsverfassung zur Machtergreifung heroisierte, ein Vorgang, der seinem Gehalt nach nur die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler durch den Reichspräsidenten war nebst Ausstattung der Reichsregierung mit dem Gesetzgebungsrecht durch die verfassungsändernde Mehrheit der demokratischen Parteien im Reichstag.

Die 1. Notverordnung betreffs Beendigung der Ausländerbeschäftigung ist von einigen Kritikern als zu hart empfunden worden. Qualifizierte ausländische Arbeitskräfte seien darüber hinaus unersetzbar und stellten in einigen Industrien bis zu 60 vH der Produktionsarbeiter; diese Betriebe könnten daher bei generellem Verbot von Ausländerbeschäftigung schließen. Hierzu gibt es zwei Handlungsmöglichkeiten: erstens, man läßt diese Ausländer weiter hier arbeiten, insofern tatsächlich alle deutschen Arbeitslosen untergebracht sind, oder zweitens, man entzieht diesen Industrien ihre unentbehrliche ausländische Arbeitskraft durch Ausweisung mit dem Ziel, Betriebe in Deutschland zu verunmöglichen, die für Beschäftigung und Unterhalt der deutschen Volksarbeitskraft unnötig sind. Das verringert Umweltlasten, Überfremdung, Überindustrialisierung, Soziallasten, Überbevölkerung und Exportabhängigkeit.

Ich bin eindeutig für die zweite, die harte Maßnahmenvariante, weil sie nicht nur die Arbeitslosigkeit beseitigt, sondern die konsequente Durchsetzung der übrigen neun Ziele erleichtert und eigentlich erst ermöglicht; Wohnungsnot wird gemildert, Umweltlast und Verkehrschaos verringert, die Entfremdung zwischen Deutschland und den Deutschen beendet.

Ein Kritiker hält schon diese erste Maßnahme, die Beendigung der Ausländerbeschäftigung, für ein unerreichbares Endziel, das nicht verkündet werden dürfe, weil sonst unsere Todfeinde die beabsichtigte „Vernichtung Deutschlands“ sofort ins

Werk setzen, wozu insbesondere auch die außenpolitischen Sofortmaßnahmen der Punkte 43-53 führten; „die genannten Punkte machen das Programm zu einer gefährlichen Phantasie von in ihre Theorien verliebten Akademikern“.

Ein anderer Leser glaubt auf den ausländischen Straßentransit (Nr. 22) aus wirtschaftlichen Zwecken nicht verzichten zu können, weil viele deutsche Dienstleister wie Tankstellen, Hotels und Gaststätten davon lebten. - Nicht nur der ausländische Straßentransit selber belastet die Umwelt, sondern auch die Dienstbetriebe, welche die Durchreisenden versorgen. Der davon abhängige Teil unserer Wirtschaft ist Teil unserer Exportabhängigkeit und soll aus ordnungspolitischen Gründen stark verringert werden, denn Exportorientierung ist Abhängigkeit von ausländischen Bedürfnissen. Grundsätzlich hängt dieser Punkt an meiner Verwerfung des Primats der Marktwirtschaft überhaupt; ich gehe von den Völkern als den souveränen Volkswirtschaftssubjekten aus, und innerhalb einer jeden Volkswirtschaft vom Primat der Eigenwirtschaft und der dienenden und nachrangigen Stellung der Marktwirtschaft, auch der auswärtigen. „Der Markt darf nicht Zweck, sondern nur Mittel des Wirtschaftens sein.“ (Art. 15 (1) RVerfE, in: Staatsbriefe 1/92)

Auch Auto-Transit-Züge hält dieser Leser nicht innerhalb von 100 Tagen für verwirklicht, wogegen ich mir sicher bin, daß einige Pionier-Kompanien acht oder zehn provisorische Zufahrtsrampen an den Hauptgrenzübergängen aller vier Himmelsrichtungen noch vor Anbruch des ersten der hundert Tage errichten können; entsprechende Reisezüge für PKW- und LKW-Transport besitzt die Bahn bereits.

Ein Kritiker hat bemängelt, dem Entwurf fehle ein eigenes Wirtschaftsprogramm und Punkt 56 berühre die kapitalistische Wirtschaft nur in ihrem Umweltaspekt. - Ein Wirtschaftsprogramm war aber auch nicht das Ziel dieses Sofortprogramms für den Notstand. Zu verweisen ist auf den Artikel „Wirtschaftsverfassung“ im Reichsverfassungsentwurf (Staatsbriefe, 1/92) und den Aufsatz „Die Wirtschaft im Europa der Völker“ (11/91). Das Wirtschaftsprogramm einer nationalen Regierung kann nur die Wiederherstellung der Deutschen Volkswirtschaft als eigenes Wirtschaftssubjekt sein. Zu beginnen ist das auch schon in den ersten hundert Tagen, aber nicht zu vollenden. In hundert Tagen beenden hingegen können wir Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Verbrecherinvasion, Rauschgiftelend, Großverschmutzung, Verkehrschaos, mitteldeutsche Stagnation und gesamtdeutsche Kulturkatastrophe.

Bisweilen mißverstanden wurden meine Vorschläge zur Grunderneuerung des Sozial- und Gesundheitswesens. Keineswegs beabsichtigt ist einseitige Kapitalisierung, sondern ein Zwei-Säulen-System von Privatisierung einerseits und Grundversorgung durch den rein staatlichen (und nicht korporatistisch verfaßten) Sozial- und Gesundheitsdienst andererseits. Grundfalsch wäre es, den Liberalen das gute Argu-

ment privater Wirtschaftlichkeit und den Kommunisten den Vorteil staatlicher Mindestversorgung zu überlassen.

Private Versicherungskassen, gesetzliche Versicherungspflicht, staatliche Gesundheitsdienste und staatliche Mindestrente für Mittellose (Sozialhilfe) erachte ich als die vier Pfeiler, die unserem Sozialsystem Halt geben können. Das derzeitige System ist instabil und bricht bald zusammen. Im übrigen kann alles mißbraucht werden, auch ein rein staatliches Sozialsystem. Folglich schlage ich staatliche Qualitätskontrolle des Privatsystems und Privatkonkurrenz für das staatliche System vor, also eine Mischform.

Rückfragen hat Punkt 44 - Brechung der Gesetzesherrschaft und Wiedereinsetzung der Deutschen in ihr Recht - hervorgerufen. Gesetz scheint vielen eindeutiger und wichtiger zu sein als Recht. Nicht allen ist klar, daß sich der Religion des geoffenbarten Gesetzes unterwirft, wer sich weltlicher Gesetzesherrschaft beliebiger Einfärbung unterstellt. Ich bin gegen jede Gesetzesherrschaft - auch jedes „Grundgesetzes“ - weil Gesetz nicht Recht ist und nur irgend einen Besitz oder eine Macht normiert, die Besitz oder Macht eines Rechtes als auch eines Unrechtes sein können, was mit der Güte des Gesetzes in keinerlei Zusammenhang steht. Unser Recht als Deutsche ist sowohl die Rückkehr zum gemeingermanischen Allodialrecht als auch die Beendigung der Weltkriege gegen das Deutsche Reich durch einseitige Friedenserklärung nach dem *status quo ante* von 1914.

Ferner ist es aber auch unser Recht, für die Zeit der Restitution des Deutschen Reiches zur Notstandsverfassung der Weimarer Reichsverfassung zurückzukehren, bis die Deutschen sich über die Art der Weiterentwicklung der Bismarck-Verfassung einig geworden sind.

Ein Leser nahm den antideutschen Restzweck der NATO so ernst, daß er meinte, bei Kündigung unserer Mitgliedschaft in diesem Bündnis würde es sofort einen heißen Krieg gegen uns führen. Aber als NATO-Mitglied werden wir auf Dauer sicher untergehen, als NATO-Liquidator aber vielleicht nicht. Mag sein, wir handeln uns eine neue direkte Besatzungszeit durch die Westmächte ein, was Gelegenheit gäbe zur Liquidierung der deutschen Kollaborateure (also der Träger des Bonner Systems) und zur nachhaltigen Befreundung mit den dann bedeutsamen Ostmächten. Auch wenn es nicht so schlimm kommt, brauchen wir mit der USA z.Zt. noch irgendein Bündnis, daher der UNO-Punkt. Mittelfristig aber ist die Europäisierung Amerikas zu betreiben, mit der sich auch die Weltherrschaft des Englischen erledigte.

Die außenpolitische Notverordnung Nr. 53 ist ein Bündnisangebot an die USA; ein sehr richtiger Einwand dagegen lautete, daß die UNO doch die Hochburg der Ideo-

logie der Menschlichkeit und Rechtfertiger aller weltpolizeilichen Einsätze sei, die jedem Völkerrecht ins Gesicht schlägt und mit dem Verhängnis weltweiter Gesetzesherrschaft verknüpft ist. Aber der Interventionismus der UNO läßt sich am besten im Sicherheitsrat torpedieren. Die UNO sollten wir als Tribüne des Kampfes gegen die Menschlichkeitsideologie und für die Wiederherstellung völkerrechtlicher Ordnungen in der Welt nutzen.

Einige Kritiker waren wesentlich radikaler als der Entwurf und forderten z.B. ein Verbot der Kirchen als den Zentren internationalistischer Ideologie und Förderern des Deutschenhasses. - Ein Kirchenverbot erscheint mir überflüssig, sobald alle Zahlungen und Steuereintreibungsdienste des Staates eingestellt sind; im übrigen ist im RVerfE das Zulassungs-, Duldungs- und Verbotsrecht des Reiches gegenüber Verbänden religiöser, politischer, wirtschaftlicher Art vorgesehen.

Die Notstandsmaßnahme Nr. 38 ist als Einführung der Todesstrafe für Rauschgift Händler gedeutet worden. Ich schlage aber keineswegs die Einführung der Todesstrafe für Rauschgift Händler vor, sondern zunächst nur strikte Anwendung der bestehenden Strafgesetze, die gegenwärtig von Amts wegen vereitelt wird, was seinerseits ein Straftatbestand ist, dessen Verfolgung die NN-Regierung gemäß Legalitätsprinzip zu veranlassen hat. Erst im Falle des Mißerfolges soll der Krieg erklärt werden. Rauschgiftbesitzer, die ihre Waffe nicht offen tragen, nicht uniformiert sind und keinem einheitlichen Kommando unterstehen, sind dann Partisanen, also zivile Kriegsverbrecher, die gemäß Haager Landkriegsordnung füsiliert werden.

Erläuterungsbedürftig war Punkt 45, der zusammen mit Punkt 46 zu sehen ist: Verbot der Menschlichkeitsideologie heißt Gebot der Persönlichkeit und umgekehrt. Der Mensch als Mensch ist ein schlaues Tier, also Bestialität selbst bei paradiesischem Verhalten von Humanität nicht zu trennen. Im Prinzip der Persönlichkeit erkenne ich die Gottesebenbildlichkeit und damit die Rechtlichkeit der Menschen. Zum Persönlichkeitsgebot des Punktes 46 sei auf den Aufsatz „Der Staat als Rechtsbegriff“ (*Staatsbriefe*, 5/92) verwiesen, dieses Gebot deckt das Verbot der humanistischen Ideologie im Punkt 45.

Der Punkt 63 ist als Bündnisangebot an die Autonomen zu lesen; im 4. Reich können sie einige Gebietskörperschaften (Gemeinden) haben, dort als Selbstversorger wirtschaften (Autarkie) und sich folglich ganz eigene Gemeindegesetze geben (Autonomie); das geht nur, wenn die allgemeinen Gemeindeordnungen außer Kraft gesetzt sind, welche Anschlußpflichten an Ver- und Entsorgungsnetze kennen, was Zahlungspflichten nach sich zieht und also zum Zwang marktwirtschaftlicher Tätigkeit führt.

Der Punkt 94, der vorsieht, daß Deutschland Atommacht werden soll, war einigen

unheimlich; mir erscheint es unvermeidbar und wünschenswert. Als strategisches Gut dürfte die Atomsicherheitstechnik die Atombomben aber weit überragen. - Ansonsten muß es in diesem Punkt richtig Energieanbauforschung heißen, denn der ganze Unterschied von geschichtlicher zu vorgeschichtlicher Energiewirtschaft ist der von Anbau zu Abbau.

Die Neuverordnung Nr. 83 - Säuberung der deutschen Sprache und öffentlichen Schrift von Amerikanismen - hält ein Betriebswirt für gänzlich undurchführbar und in der Wirkung für „possenhaft“, weil er sich für „Cassettendeck“ oder „CD-Player“ keine deutsche Bezeichnung vorstellen kann. Auch der kommerzielle Rundfunk erscheint ihm so unabschaffbar wie das Englische als Wissenschaftssprache. - Daran zeigt sich wieder einmal, daß die deutsche Rest-Rechte deswegen nichts zur politischen und kulturellen Erneuerung Deutschlands beitragen kann, weil sie in den Kategorien einer Kapitalökonomie denkt, die sie zu sprachlosen Opfern macht. Die Vulgärlinke hat über die Rechte triumphiert, weil letztere einem vulgärmarxistischen Wirtschaftsbild anhängt.

Ansonsten muß ich zur Selbstkritik an meinem Entwurf der 100 Notverordnungen vorbringen, daß ich bereit bin, von ihnen insgesamt abzurücken und mich jedem anderen, viel weicheren und der Humanität verpflichteten Maßnahmenkatalog anzuschließen, der in der Lage ist, die zehn Ziele in kurzer Zeit, die auch 200 Tage dauern mag, zu erreichen.

Wer die zehn Ziele nicht zu erreichen weiß, ist nur ein politischer Schwächling und Versager; wer die zehn Ziele nicht zu erreichen weiß und trotzdem behauptet, es zu wollen, ist ein schädlicher Schwätzer; wer, wie die BRD-Politiker, solche Ziele seit Jahrzehnten zu verfolgen vorgibt, ist ein schwätzender Schädling und erfolgreicher Verbrecher.

Noch haben die meisten Kritiker bei sachlich weitgehender Zustimmung zu vorsichtigeren Formulierungen und mildereren Maßnahmen geraten. Es gibt aber schon welche, die weit energischere und gewaltigere Maßnahmen verlangen. Das deutsche Volk ist nämlich von unglaublicher Langmut und Gutmütigkeit; wer aber seine Seele über ein halbes Jahrhundert hinweg nach und nach zum Kochen bringt, darf sich nicht wundern, wenn im deutschen Volke eines nahen Tages die altgermanische Berserkerwut wieder zum Ausbruch kommt. „Es ist wieder an der Zeit, den Furor teutonicus zu wecken“, befahl Hans-Dietrich Sander in seinem „Nationalen Imperativ“, und Bonn demütigt die Deutschen solange, bis dieser Furor wieder erwacht.

Schwer wird die Auflösung der BRD, die ein mißglücktes Attentat auf den Kanzler des Deutschen Reiches und Führer des Deutschen Volkes als Feier ihrer Staatlichkeit zelebriert, nicht werden; sie wird selber als mißglücktes Attentat auf die deut-

sche Geschichte in Erinnerung bleiben.

Die Machtergreifung des nationalen Lagers in Deutschland kann nur gelingen, wenn es zuvor zur Reichsdeutschen Bewegung (vgl. Programm der reichsdeutschen Bewegung, *Staatsbriefe* 1/91) geworden ist, deren Äußerungen und Handlungen ganz und gar reichstreu sind, d.h. machtergreifungsorientiert, staatszielbestimmt, rechtsetzend und weltordnungstiftend. Diesmal können wir niemandem mehr vier Jahre Zeit geben, damit Deutschland hinterher nicht wiederzuerkennen ist. Schon nach den ersten hundert Tagen müssen die Deutschen ihr altes Deutschland und sich selber in ihm wiedererkennen. Binnen weniger Monde muß die Massenarbeitslosigkeit der Deutschen, ihr Wohnungsmangel, die Behinderung ihres Individualverkehrs, ihre Terrorisierung durch das organisierte Verbrechen, ihre moralische Beschimpfung und finanzielle Ausplünderung, ihre Belästigung durch liberal-bolschewistischen Bildungs- und Kulturschleim und der Drogentod ihrer Jugend beseitigt sein. Weil alle diese Übel durch Verausländerung Deutschlands (rassistisch zugespitzt) herbeigeführt wurden, sind sie durch sofortige Entausländerung Deutschlands umgehend zu beseitigen. Die Weltgeschichte liebt es bisweilen, ihren Fortgang auf einen einzigen Punkt zuzuspitzen.